

Berlin, 01. Juni 2021

**Schreiben an  
die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister  
die in den Bezirken für Schule zuständigen Bezirksstadträtinnen und -stadträte**

**Neue Erkenntnisse zur Berliner Schulbauoffensive (BSO):  
Kurzstudie zu Prognosefehlern als Basis der BSO und Folgen für die Schulen**

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...

seit Jahren ist der große Sanierungsbedarf und der Bedarf an zusätzlichen Schulplätzen an den Berliner Schulen bekannt. Nichtsdestotrotz steht die Berliner Schulbauoffensive (BSO) vor einem immensen Stau in der Sanierung und beim Neubau von Schulen. Gemeingut in BürgerInnenhand warnt seit 2016 vor komplexen Finanzkonstrukten im Schulbau. Im Juli 2018 wurden dem Berliner Abgeordnetenhaus 30.402 Unterschriften der Volksinitiative „Unsere Schulen“ übergeben. In einer Anhörung am 7. November 2018 im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses sowie in einer 100-seitigen schriftlichen Stellungnahme wurden umfangreiche Bedenken an der Einbindung der Howoge in die BSO vorgebracht. Die seinerzeit geäußerten Befürchtungen haben sich leider immer weiter verdichtet und was Verzögerung und Kostensteigerungen betrifft bereits bestätigt.

Im September 2020 hat der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht ähnliche Kritikpunkte vorgetragen und der Landesregierung schwere Versäumnisse vorgeworfen. Bezüglich der Einbindung der Howoge in die BSO kommt der Landesrechnungshof zu dem Fazit: „Die behauptete Alternativlosigkeit der für die BSO festgelegten Lösung ist nicht gegeben.“

Wir haben dieses Jahr die Zahlengrundlage für die BSO überprüft. Die Ergebnisse stellen das Howoge-Konstrukt der BSO als Ganzes in Frage: Die Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der SchülerInnenzahlen waren von Anfang an viel zu hoch. Entsprechend konnten Parlament und Öffentlichkeit das Vorhaben nur aus der Sicht unzutreffender Annahmen bewerten. Immer wieder wurde betont, dass der Zuwachs so immens sei, dass man ohne die Howoge nicht auskomme. Die Überschätzung führt zu dem paradoxen Ergebnis, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern die neuen Schulen, die sie dringend brauchen, weiter nicht beziehen können. Denn statt zu bauen wurden fast fünf Jahre mit Vertragsverhandlungen vertrödelt. Gleichzeitig zeichnen sich Folgekosten für die nächsten 37 Jahre ab, die die Kostensteigerungen am BER in den Schatten stellen könnten und die den Schulbau ebenfalls bedrohen: Jeder Euro für Schulbau kann nur einmal aus-

gegeben werden, und wenn die Howoge zu dreifachen Kosten baut, kann nur ein Drittel an Schulplätzen entstehen bzw. saniert werden. Die Ergebnisse und Belege haben wir in der beiliegenden Kurzstudie zusammengefasst. Unter anderem konnten wir Folgendes feststellen:

- Der 2016 errechnete Bedarf für den Schulneubau war zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen künstlich übertrieben worden – die Prognose war beinahe ein Drittel höher als die tatsächliche Anzahl zu erwartender zusätzlicher Schülerinnen und Schüler. Die damals angenommene Entwicklung unterstellte, dass sich ein kurzzeitiger Anstieg durch die Willkommensklassen zehn Jahre lang fortsetzt.
- Die Bildungsverwaltung korrigierte die Schülerzahlprognose 2018 – der Finanzsenator blieb allerdings bis Herbst 2019 bei seiner überhöhten Prognose der Zahl der Schülerinnen und Schüler und erarbeitete auf dieser Basis den BSO-Rahmenvertrag mit der Howoge.
- Die Entwicklung der Schülerzahlen seit 2016 zeigt, wie falsch die damalige Prognose war. Bei korrekter Prognose kann der komplette Howoge-Mehrbedarf entfallen, was Stadt und Bezirke enorm entlasten würde, denn die Howoge ist ein Kostentreiber: Für nicht einmal 40 Prozent der neuen Schulplätze würde die Howoge drei Viertel der gesamten Investitionsmittel verbrauchen.

Aktuell ist das Parlament angefragt, den Kreditplafond der Howoge im Zusammenhang mit deren geplanten Schulbautätigkeiten auf 2,6 Milliarden Euro zu erhöhen. Aus diesen in die Howoge ausgelagerten Schulden sollen mit Hilfe der Erbbauverträge und gebündelter Ausschreibungen handelbare Finanzprodukte gebildet werden, die sich von Landesanleihen erheblich unterscheiden würden, sowohl was die Zinsen als auch was die sonstigen Risiken betrifft.

Bedauerlicherweise wird die sehr teure und den Schulbau extrem verzögernde Einbindung der Howoge vom Senat weiter betrieben. Es drohen Erbbauverträge mit 37 Jahren Bindung zu enormen Kosten, die eine Leistung abrufen, die so gar nicht mehr erforderlich ist. Noch sind die umfangreichen Erbbauverträge nicht unterzeichnet.

Die Legislaturperiode ist zwar nahezu zu Ende, aber es bleibt noch genügend Zeit für den Bezirk, um einzuschreiten und die Vertragsunterschriften zu verhindern.

Sie als legitime Vertreter des Bezirks müssen derart unvorteilhafte Erbbauverträge, Projektverträge und Mietverträge nicht unterzeichnen. Ihr bisheriges Amtshilfeersuchen sollte den Schulbau beschleunigen statt verzögern, ziehen Sie es unter den vorliegenden Bedingungen zurück. Fordern Sie vom Senat, die betreffenden Mittel statt der Howoge unmittelbar den Bezirken sowie der Senatsverwaltung für Bauen zur Verfügung zu stellen, um damit zeitnah die öffentlichen Schulen in Berlin zu sanieren und die erforderlichen Schulplätze zu schaffen und das dazu nötige Personal einzustellen.



Carl Waßmuth



Herbert Storn